

Volker Rühle:

CDU bleibt die große deutsche Volkspartei der politischen Mitte

Mit dem Bundesparteitag in Hamburg wird — rechtzeitig zum Tag der deutschen Einheit — auch die Wiedervereinigung der CDU Deutschlands abgeschlossen. Dies ist auch ein Anlaß zur Rückbesinnung auf unsere historischen Wurzeln.

Die CDU wurde 1945 aus dem Geist des Widerstandes gegen ein verbrecherisches totalitäres System gegründet. Im Juni 1945 bildeten die ersten Gründungszirkel der CDU. Aber nur im Westen konnten christliche Demokraten frei wirken und nach ihren Grundsätzen eine neue Partei aufbauen. In Berlin wurde der erste Vorsitzende, Andreas Hermes, bereits im Dezember 1945 abgesetzt; sein Nachfolger Jakob Kaiser erlitt das gleiche Schicksal im Dezember 1947. Es ist tragisch, daß die CDU in der sowjetischen Besatzungszone sofort in den Griff einer neuen Diktatur geriet. Wer sich hier offen zu den Idealen und zur Politik der CDU bekannte, mußte mit der Verhaftung durch Ulbrichts SED rechnen.

Einen politischen Neuanfang gab es nur im Westen Deutschlands. Auf Dauer läßt sich aber der Freiheitswille der Menschen nicht unterdrücken. Wir

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

- **Einigungsvertrag**
Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble: Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für ganz Deutschland. Seite 3
- **Roswitha Verhülsdonk:**
Die Union wird sich auch weiter für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzen. Seite 7
- **CDU (Ost)**
Volker Rühle zur Diskussion über das angebliche Parteivermögen. Seite 13
- **Mieten**
Neue Bundesländer: Mieter bleiben geschützt. Seite 20
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Neue Materialien der Bundesgeschäftsstelle zum Wahlkampf. Seite 23
- **Dokumentation**
Was bringt die Einheit? Von A bis Z. Grüner Teil

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

haben nie die feste Zuversicht verloren, daß sich die Freiheit gegenüber der Unfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht gegenüber der Unterdrückung durchsetzt.

Die sozialistischen Machthaber konnten uns nicht täuschen. Der Sozialismus steht gegen den Freiheitswillen des Menschen. Wir haben alles getan, um unseren Landsleuten in der DDR die Folgen der Teilung erträglicher zu machen; den Unterschied zwischen Freiheit und Unterdrückung haben wir aber nie verwischt. Wir haben uns nie bei den SED-Machthabern angebediert, sondern uns an die Seite der Freiheit und an die Seite der Menschen im anderen Teil Deutschlands gestellt.

Die Wiedervereinigung der CDU in Deutschland fordert zu einer Rückbesinnung auf die Grundlagen unserer Politik heraus. Die Gründer der Union wollten eine Volkspartei neuen Charakters schaffen, die nicht mehr die Interessen nur einer bestimmten Schicht oder Klasse vertrat, sondern Politik für das ganze Volk machen konnte.

Die politischen Entscheidungen und historischen Weichenstellungen der CDU — für die Soziale Marktwirtschaft, für das Bündnis der westlichen Demokratien und für die Europäische Gemeinschaft — entsprangen nicht tagespolitischem Pragmatismus oder machtpolitischem Realismus, es waren vielmehr Wertentscheidungen, die sich an unserem christlichen Menschenbild orientierten.

Mit der Wiedervereinigung wird sich die CDU verändern; sie wird vielfältiger durch die neuen Mitglieder. Es gibt unter ihnen mehr Frauen (rund 45 Prozent im Vergleich zu 23 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland) und erfreulich viele Mitglieder in kirchlichen und sozialen

Ämtern und Berufen. Die Mitglieder der neuen Landesverbände werden ihre Erfahrung einer 40jährigen sozialistischen Unterdrückung und eine neue Sensibilität für den Wert der Freiheit in unsere Partei einbringen. Die CDU in Deutschland wird sich auch dadurch verändern. Sie wird noch diskussionsfreudiger, noch lebendiger, vor allem aber wird sie jünger werden, weil die Altersstruktur der neuen Mitglieder günstiger ist als bei uns; rund 17 Prozent von ihnen sind jünger als 30 Jahre, in der Bundesrepublik Deutschland sind es lediglich knapp sieben Prozent.

Offen für alle Schichten unseres Volkes

Nur eines wird auch die wiedervereinigte CDU nicht werden: sie wird weder „linker“ noch „rechter“, als sie bisher war. Wir sollten uns eine solche Richtungsdiskussion nicht von außen aufdrängen lassen. Die CDU bleibt auch in Zukunft die große deutsche Volkspartei der politischen Mitte. Offen für Männer und Frauen aus allen Schichten unseres Volkes, Arbeitnehmer, Landwirte, Unternehmer, selbständige Mittelständler. Bei uns finden Frauen eine politische Heimat, gleichgültig, ob sie berufstätig sind oder in der Familie arbeiten, und wir sind offen für alle Generationen, jung und alt. So bleiben wir auch in Zukunft die große Mehrheitspartei in Deutschland.

Die Wiedervereinigung der CDU wird jetzt in Hamburg besiegelt, doch begonnen hat sie bereits im letzten Herbst. Die Wahlkämpfe in der DDR im Frühjahr dieses Jahres haben wir bereits im Zeichen der Wiedervereinigung geführt. Nicht zuletzt die Volkskammer- und Kommunalwahlen haben gezeigt, zu welcher Leistung eine CDU in der Lage ist, die geschlossen und geeint für ihre Ideale kämpft.

Wolfgang Schäuble:

Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für ganz Deutschland

In der Debatte über den Einigungsvertrag erklärte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Deutschen Bundestag (20. 9. 1990) u. a.: „Wir haben in dieser Debatte sehr zu Recht die Regierungserklärung des Bundesaußenministers mit der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes zum Einigungsvertrag verbunden, weil beides zusammen zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Eine ohne die andere Seite ist nicht möglich. Wir hätten nach mehr als vierzig Jahren Freiheit die Einheit in Frieden und Freiheit im Jahre 1990 nicht vollenden können, wenn wir nicht den äußeren Prozeß so gut und so geordnet zustande gebracht hätten und wenn wir nicht zugleich den inneren Prozeß zur Einheit — der in Wahrheit ein revolutionärer ist — in einer Weise geordnet hätten, bei der sich die Menschen in beiden Teilen Deutschlands wiederfinden können. Dies ist die Aufgabe und das Anliegen des Einigungsvertrages.

Wer in einer Rede (wie Lafontaine. Die Red.) im ersten Teil nur beschreibt, daß es den Menschen in der DDR zu schlecht geht, und im zweiten Teil beschreibt, daß die Menschen in der Bundesrepublik zu viel zu bezahlen haben, der hat die Aufgabe, um die es geht, nicht begriffen, nämlich die Menschen nach mehr als vierzig Jahren Teilung wieder in einem geeinten Deutschland zusammenzuführen.

Ich will einmal versuchen, zu erklären, wie ich es sehe: In mehr als vierzig Jahren Teilung haben sich die beiden Teile

Deutschlands so auseinanderentwickelt, daß das Gefälle riesengroß ist. Wir stehen in Wahrheit vor dem Problem — das haben wir auch in der Rede von Herrn Lafontaine gemerkt —, daß wir in der DDR in einer Situation vergleichbar der des Jahres 1949 sind, und in der Bundesrepublik stehen wir in der Situation des Jahres 1990. Nun hängt man der DDR natürlich die Situation des Jahres 1990 vor die Nase und sagt, das muß von einer Sekunde auf die andere so sein. In der Bundesrepublik macht man es umgekehrt.

Es geht nicht zusammen, wenn man so tut, als könne man die Perfektion, die wir in der Bundesrepublik im Jahre 1990 erreicht haben, von einem Tag auf den anderen in der DDR erreichen. Es geht auch nicht, wenn man sagt, das müsse noch Jahre dauern. Das muß schnell gehen. Der Prozeß ist schnell vorangegangen, und deshalb sind wir auf dem Weg über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion rasch zur Vollendung der Einheit gekommen.

Ich halte wenig davon — ich will Ihnen das noch einmal sagen —, hier Status-quo-Berechnungen bei der Diskussion darüber anzustellen, wie hoch die **Kosten der deutschen Einheit** sind, wenn man die Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland unter einer Status-quo-Betrachtung auf die DDR überträgt. Da ergeben sich Beträge, die nur zu Horror-szenarien führen können. Jeder weiß, daß es so nicht geht.

Aber der Fehler bei Lafontaine und den Sozialdemokraten ist ja, daß sie die dyna-

mischen Kräfte einer Sozialen Marktwirtschaft überhaupt nicht einkalkulieren.

Wenn man zuhört, dann fällt Ihnen nur ein, daß der Staat Arbeit organisieren müsse. Das ist in der DDR nun vier Jahrzehnte lang geschehen. Mit der Beseitigung der Folgen haben wir es gerade zu tun.

Die Wachstumskräfte der Sozialen Marktwirtschaft müssen die Beiträge leisten.

Die Frage ist, wie wir diese Wachstumskräfte so stark wie möglich gestalten und ausnutzen können. Das ist die Frage nach der Steuerdiskussion. Die Frage ist nicht, wieviel das kostet. Eine solche Diskussion ist unsinnig. Die Frage ist vielmehr, wie wir am besten eine Wirtschafts- und Finanzpolitik steuern, die uns in die Lage setzt, die gewaltigen Aufgaben zu finanzieren, die sich uns mit der Vollendung der deutschen Einheit stellen. Da sage ich Ihnen:

Unter dem Bundeskanzler Kohl und mit dem Finanzminister Waigel ist eine Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland betrieben worden, die uns besser als zu jedem anderen Zeitpunkt in der Geschichte der Bundesrepublik in die Lage versetzt, mit den großen Aufgaben fertig zu werden.

Der Einigungsvertrag leistet einen wichtigen Beitrag zur Einheit; denn so, wie die äußeren Aspekte für die Vollendung der Einheit in Frieden und Freiheit durch die Moskauer Vertragsabschlüsse gesichert werden, ordnet der Einigungsvertrag den inneren schwierigen Weg über dieses Gefälle hinweg für die nächsten Jahre in einer guten Weise für die Deutschen in beiden Teilen.

Der Vertrag schafft gute Grundlagen dafür, daß wir nach seiner Ratifizierung die notwendigen **Grundstücke in der DDR**

bekommen, um den Prozeß der Investitionen zu beleben.

Der Vertrag schafft gute Grundlagen, um in den künftigen fünf Ländern rasch föderative Strukturen, Landesverwaltungen, vor allen Dingen leistungsfähige Kommunalverwaltungen aufzubauen. Bund, Länder und die kommunalen Spitzenverbände wirken in einer ganz einzigartigen Anstrengung zusammen, um große Hilfe beim Aufbau der Verwaltungen in den künftigen fünf Ländern, in den Kommunen, in den Städten, Gemeinden und Landkreisen zu leisten.

Der Vertrag stellt auch hohe Anforderungen an uns alle. Auch darüber muß gesprochen werden, weil das Gefälle zwischen dem, was der real existierende Sozialismus in der DDR angerichtet und hinterlassen hat, und unserer Marktwirtschaft so groß ist.

Es war ja nicht die Soziale Marktwirtschaft — auch das hat Lafontaine falsch gesehen —, sondern der Sozialismus, der dieses elende Erbe angerichtet hat.

Wir haben mit den Folgen nicht nur wirtschaftlich, finanziell und ökologisch zu tun, wir haben damit moralisch, psychologisch, politisch noch lange zu tun.

Die Diskussion um die **Stasi-Akten** in den letzten Wochen ist ein Beispiel dafür. Ich denke, daß wir einen Weg gefunden haben, den berechtigten Betroffenen in den fünf Ländern ebenso Rechnung zu tragen wie der Sicherheit dieser Daten, für die wir unsere Erfahrungen haben.

Die Regelung der **Vermögensfragen**: Es gehört zum Schwierigsten dieses Vertrages, daß wir die gemeinsame Regierungserklärung vom 15. Juni 1945 darin festschreiben und auch verfassungsrechtlich absichern. Jeder weiß, daß hier eine unendliche Fülle von Tatbeständen geregelt wird, die unter dem Gesichtspunkt

der Gerechtigkeit für jeden von uns nur schwer zu ertragen sind. Wir können die Vergangenheit nicht ungeschehen machen. Wir können auch nicht Unrecht bei Enteignungen rückgängig machen, sondern wir müssen schauen, daß wir befriedende Lösungen finden und zugleich nach 40 Jahren Teilung eine Chance haben, die Zukunft zu gewinnen.

Auf diesem Wege — dieser Meinung bin ich — läßt der Vertrag durchaus Raum, auch für Grundstücke, die in den Jahren 1945 bis 1949 enteignet worden sind, durch den Bundesgesetzgeber Lösungen zu finden, die in die Zukunft hinein befrieden können. Diese Lösungen dürfen nicht zu Lasten von Dritten gehen, die heute Eigentum oder dinglich gesicherte Verfügungsrechte haben, sind aber dort möglich, wo es sich um Treuhandvermögen handelt. Ich denke, wir alle werden gemeinsam in dem größeren Bundestag nach dem 4. Oktober daran arbeiten, daß wir solche befriedenden Lösungen finden.

Dasselbe gilt für den **Schutz ungeborenen Lebens**. Es war immer klar, daß nach einer so langen Zeit der Teilung die Wertordnungen, die Werthaltungen unterschiedlich sein werden und daß wir uns zu gemeinsamen Lösungen zusammenfinden müssen. Ich bin sehr froh, daß es nach intensiven Diskussionen in meiner Fraktion, der CDU/CSU, auf die ich stolz bin und stolz bleiben werde, gelungen ist, Lösungen zu finden, die es uns ermöglichen, im größeren, gemeinsamen Deutschen Bundestag so rasch wie möglich gemeinsam den Schutz von Leben besser zu bewerkstelligen, als wir es in beiden Teilen Deutschlands heute in Tat und Wahrheit können. Ich denke, das ist der Weg, den wir gehen müssen.

Wenn aber dieser Vertrag uns allen — jeder wäre unehrlich, wenn er nicht zugäbe, daß ihm wie auch mir dieser Ver-

trag manches zumutet — manches zumuten muß, weil die Fülle der Probleme so ist, dann muß auch klar sein, daß wir Befriedung, befriedende Wirkung nur schaffen, wenn wir alle diese Zumutungen ertragen und ertragen wollen, weil wir die Teilung überwinden wollen.

Aber es macht doch keinen Sinn, hier an das Pult des Deutschen Bundestages zu treten und nur von den Problemen und Schwierigkeiten zu reden. Vielmehr muß man doch bei allen Schwierigkeiten auch die Chancen nennen, die sich uns bei der deutschen Einheit bieten.

Ich verstehe, daß ein richtiger demokratischer Sozialist nicht begreifen kann, daß ein solcher Wachstumsschub, wie er durch den Prozeß der Einheit ausgelöst wird, uns alle natürlich nicht ärmer, sondern reicher machen wird. Das ist schon wichtig; aber noch wichtiger ist doch, welche Möglichkeiten wir haben, Probleme besser zu lösen, als sie bisher gelöst worden sind.

Übrigens möchte ich bei dieser Gelegenheit einmal auf die Rechnungen hinsichtlich der Kosten der Einheit eingehen. Sind es **Kosten der Einheit**, wenn wir der Sowjetunion helfen, die **sowjetischen Soldaten** rasch aus Mitteldeutschland zurückzunehmen, wenn wir helfen, diesen für Deutschland, Europa und die Welt so wichtigen und wertvollen Prozeß von Glasnost und Perestrojka wirtschaftlich und sozial abzufedern? Sind dies Kosten der Teilung oder der Einheit, oder sind dies nicht einfach Investitionen in eine bessere, friedlichere Zukunft?

Wenn wir jetzt eine Chance haben, endlich die dramatische **Verschmutzung der Elbe** und anderer Flüsse zu bekämpfen und die Nordsee zu heilen — sind dies Kosten der Einheit? Wenn wir die **Reaktoren in Greifswald** stilllegen können und die Milliardenbeträge dafür aufbringen — sind dies Kosten der Einheit, oder sind

SPD-Kandidat vor einem Jahr:

Honecker erneuerungswillig

Der SPD-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Brandenburg, Stolpe, äußerte sich im Juni vergangenen Jahres zu deutschlandpolitischen Fragen (vgl. Tagesspiegel, 17. 6. 1990). Es ist höchst aufschlußreich heute zu lesen, was er damals sagte:

„Die Staatsführung der DDR ist nach meiner Überzeugung erneuerungswillig . . . Die Mehrheit der DDR-Bürger will bis zur Stunde keinen Anschluß an eine kapitalistische Bundesrepublik, sondern einen beseren Sozialismus . . . Auch bei zuerkannter Erneuerungsbereitschaft der Staatsfüh-

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

dies nicht Investitionen in mehr Sicherheit vor den Risiken so nicht verantwortbarer Nutzung von Kernenergie?

Ich sage: Niemand braucht vor der Größe der Aufgaben Angst zu haben, sondern jeder soll froh und dankbar sein angesichts der faszinierenden Chancen, die sich uns heute, in dieser Zeit, und gerade jungen Menschen bieten.

Deswegen finde ich wirklich: Wir sollten den Menschen nicht Angst und Sorgen einreden. Nicht über die Probleme hinwegreden und über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen, aber gemeinsam dafür werben, daß wir diese Aufgaben gemeinsam meistern, und den Menschen auch sagen, daß Grund zur Freude und Dankbarkeit besteht!

Wenn wir nach 40 Jahren Teilung jetzt die Chance haben, die **Einheit unseres Vaterlandes** in Frieden und in Freiheit zu vollenden, dann ist dies ein **Angebot der Geschichte**, bei dem wir uns unserer Verantwortung würdig zeigen müssen.“ ■

„Die Spannung zwischen Durchführungsmöglichkeiten des Staates und Erwartung der Bürger . . . Die Spannung wird bleiben. Sie ist eine hilfreiche Triebkraft und ein nötiges Regulativ.“

Wiedervereinigung friedensgefährdend

Zur deutschen Wiedervereinigung sagte Stolpe: „Ich muß gestehen, daß mir die Wiedervereinigungsprophezeiungen Sorge machen . . . (Es) darf nicht der Eindruck erweckt werden, als ob es sich um Realität handeln würde . . . Das flotte Reden von Wiedervereinigung ist heute objektiv der friedensgefährdende Versuch, unabsehbare Irritationen in Gang zu setzen . . .

Doch kann ich mir sehr genau vorstellen, daß kein KPdSU-Generalsekretär es politisch überlebt, wenn er die DDR aufgeben würde. Die DDR ist im Bündnis mit der Sowjetunion nicht in Milliarden DM aufzuwiegen . . .

So redet denn, wer von Wiedervereinigung redet, auch gegen die Nachkriegsordnung, die 45 Jahre Frieden erhielt. Aus christlicher Verantwortung muß ich um der Wahrheit willen auch fragen, wie denn Wiedervereinigung und europäischer Markt 1993 zusammenpassen sollen . . . Und Berlin? Die Rolle einer großdeutschen Hauptstadt ist nicht zurückzuholen.“ ■

Lehrlingsmangel

Von einem verstärkten Lehrlingsmangel berichtet die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. In den neun Monaten von Oktober 1989 bis Ende Juni 1990 seien den Arbeitsämtern 621.561 offene Stellen gemeldet worden, 11 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Roswitha Verhülsdonk:

Die Union wird sich auch weiter für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzen

In der Debatte zur 2. und 3. Lesung des Einigungsvertrages führt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Roswitha Verhülsdonk, MdB, u. a. folgendes aus:

In vielen Begegnungen mit Menschen in der DDR und aus Gesprächen mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus der Volkskammer haben wir gelernt: Es genügt nicht, unser vorzüglich ausgebauten soziales Netz auf das Gebiet der DDR zu übertragen. Wir brauchen angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage auch besondere Übergangsregelungen, wenn wir den Problemen der Menschen in der DDR gerecht werden wollen. Das gilt vor allem für die Situation von Familien und Frauen.

Ich bin deshalb sehr dankbar, daß es uns u. a. gelungen ist, einige soziale Schutzbestimmungen für erwerbstätige Mütter für eine Übergangszeit zu erhalten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, daß die Chance besteht, das flächendeckende Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen auf dem Gebiet der DDR zu erhalten. Die Familien sind ja bei den noch niedrigen Löhnen auf die Einkommen beider Eltern angewiesen. Die Städte drüben wiederum sind finanziell noch nicht in der Lage, die bestehenden Einrichtungen zu erhalten. Die Länder entstehen erst. Es ist deshalb eine gute Sache, daß die Bundesregierung bis Mitte 1991 bei der Finanzierung der Kindertagesstätten hilft.

In der DDR sind über 80 Prozent der Frauen erwerbstätig, ja, sie mußten es sein. Das sozialistische System hat ihnen dieses abverlangt. In Zukunft werden auch die Frauen in den neuen Bundesländern mit dem Erziehungsgeld und dem Erziehungsurlaub mehr Wahlmöglichkeiten haben und ihre Kinder, wenn sie es wollen, selbst erziehen können. Wir werden bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in einem vereinigten Deutschland sehr darauf achten müssen, daß Mütter und Väter hüben wie drüben bessere Voraussetzungen vorfinden, um Familienpflichten und Berufstätigkeit miteinander zu verbinden. Mir scheint fast, die öffentliche Diskussion um den Erhalt der Kinderbetreuungseinrichtungen auf dem Gebiet der DDR hat auch hier bei uns in der Bundesrepublik etwas bewirkt.

Gleichberechtigung weiterentwickeln

Viele Politiker in den Ländern und in den Kommunen sind jetzt bereit, mehr Anstrengungen für einen bedarfsgerechten Ausbau von familienergänzenden Einrichtungen zu machen. Wenn es dann auch noch gelingt, in den neuen Bundesländern das pädagogische Konzept der Kindergärten und Krippen dort an unsere westdeutschen Maßstäbe anzugleichen, können wir vielleicht in einigen Jahren feststellen: Die deutsche Einheit hat den Frauen mehr Chancen gebracht, mit Kindern leben zu können und gleich-

zeitig auch ihre eigenen beruflichen Lebenspläne verwirklichen zu können.

In Artikel 31 des Einigungsvertrages lesen wir: „Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.“ Da haben wir bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangssituation in Ost und West noch viel zu tun. Ich kann Ihnen nicht alle Felder aufzählen, in denen Frauen quer durch Parteien und Verbände sich noch viele Verbesserungen vor allem in der Arbeitswelt vorstellen können.

Der Mangel an flexiblen Arbeitsmöglichkeiten und Teilzeitarbeitsplätzen für Eltern ist nur ein Stichwort. Die Diskussion um die derzeitigen Probleme der Frauen in der DDR hilft vielleicht mit, das Bewußtsein der Politik insgesamt für Frauenfragen zu schärfen. Ich erwarte mir auch von den neuen Kolleginnen und Kollegen aus der DDR im vergrößerten deutschen Bundestag manche konkrete Unterstützung bei der Lösung dieser Probleme.

Im Einigungsvertrag ist allerdings eine andere Regelung festgeschrieben, die meiner Fraktion viel Beschwernis macht. Es ist für viele meiner Kollegen eine große Gewissensbelastung, daß sie hinnehmen sollen, daß nach dem Beitritt der DDR am 3. Oktober die sogenannte **Fristenlösung dort für 2 Jahre weiterbestehen bleibt**. Das Recht zu einem Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche ist vom sozialistischen Staat als ein Glanzstück des Selbstbestimmungsrechts der Frau gefeiert worden. Die Fristenlösung wurde als eine Methode der Geburtenplanung praktiziert. Zwar hat die Volkskammer das Gesetz diesbezüglich noch schnell entschärft. Trotzdem: **Die Fristenlösung ist und bleibt verfassungswidrig.**

Wenig Verständnis für zweierlei Recht

Umfragen haben gezeigt, daß die Bundesbürger nur wenig Verständnis dafür haben, daß in Deutschland in der so wichtigen Frage des Schutzes des ungeborenen Lebens zweierlei Recht bestehen soll, obwohl ansonsten ab sofort unser Grundgesetz für die neuen Bundesländer gilt. Es war in der Kürze der Zeit bis zum 3. Oktober nicht möglich, eine gesetzliche Regelung für den Schutz des ungeborenen Lebens zu schaffen, die auch für die Bevölkerung in der DDR hinnehmbar gewesen wäre. Ihr Einwand, unser Indikationstrafrecht habe zu keinem besseren Lebensschutz geführt als die Fristenlösung, ist ja leider zutreffend. Auch meine Fraktion ist mit dem geltenden § 218 StGB nicht zufrieden.

Unser Strafrecht hat in seiner Anwendung all die Mißbrauchsmöglichkeiten offenbart, die wir Unionspolitiker, als wir das Gesetz 1975 ablehnten, bereits vorhergesagt haben. Insoweit können wir zustimmen, wenn der gesamte deutsche Gesetzgeber sich im Einigungsvertrag selbst bindet, innerhalb von 2 Jahren einen wirksameren Lebensschutz für ungeborene Kinder zu schaffen. Wir sind auch sehr froh, daß es noch in letzter Minute gelungen ist, den Artikel 31 des Einigungsvertrages zu ergänzen. Jetzt ist festgelegt, daß für die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen rechtlich gesicherte Ansprüche auf Beratung und soziale Hilfen zu schaffen sind. Das ist ohne Zweifel eine Chance, Frauen in konkreten Notlagen zu ermutigen, ihr Kind zur Welt zu bringen.

Es ist für uns und für viele Bundesbürger aber nur schwer erträglich, wenn jetzt die alten Anhänger der Fristenlösung, die bekanntlich 1975 vom Bundesverfassungsgericht als unvereinbar mit dem

Grundgesetz verworfen worden ist, diese wieder unter dem Schlagwort „Selbstbestimmungsrecht der Frau“, landauf, landab im Wahlkampf propagieren. Wie soll man ihnen glauben, wenn sie gleichzeitig versichern, es gehe ihnen in Wirklichkeit doch nur um einen besseren Schutz der ungeborenen Kinder.

Für ein Netz von Beratungsstellen

Meinen Fraktionskollegen, die sich in ihrem Gewissen besonders beschwert fühlen und die meinen, wegen des Übergangsweisen Fortbestehens der Fristenlösung im Gebiet der DDR, dem sonst von ihnen sehr positiv bewerteten Einigungsvertrag nicht zustimmen zu können, will ich noch einmal sagen: Immerhin hat die Bundesregierung ab sofort die Chance, ein Netz an Beratungsstellen in der DDR aufzubauen und zu finanzieren. Diese werden auch in die Lage versetzt, soziale Hilfen zu vermitteln. Ich habe die Hoffnung, daß dadurch manche schwangere Frau in wirtschaftlicher Not sich für ihr Kind entscheiden kann. Denn ohne Zweifel sind materielle Nöte und Zukunftsängste mit dafür verantwortlich, daß zur Zeit in der DDR mehr Frauen sich für einen Abbruch der Schwangerschaft entscheiden.

Ich habe auch die Hoffnung, daß über die Bemühungen der Beratungsstellen, die Erkenntnis in der Bevölkerung voran gebracht wird, daß Abtreibung Tötung eines menschlichen Lebens ist und nicht etwa, wie immer noch viele zu glauben scheinen, die Entfernung von mütterlichem Gewebe.

Ich wünsche mir sehr, daß es uns, ausgehend von mehr sozialen Hilfen für Frauen in Not, gelingt, eine Offensive für eine kinderfreundliche Gesellschaft in unserem gemeinsamen Deutschland auf den Weg zu bringen. Das wird aber nicht

zu erreichen sein, wenn wir es in das subjektive Ermessen von Frauen in Konfliktsituationen stellen, ob sie ihr Kind austragen wollen oder nicht. Die Fristenlösung ist nicht nur verfassungswidrig, sie ist auch im Hinblick auf die reale Situation vieler Frauen in Notlagen ethisch nicht zu verantworten. Diese Frauen werden in ihrem Konflikt alleingelassen und noch mehr dem Druck ihrer Umgebung ausgeliefert, als es leider heute schon vielfach der Fall ist.

Die Politikerinnen und Politiker der Union werden sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß das ungeborene Leben in Deutschland durch Beratung, durch ein breites Angebot von sozialen und menschlich-psychologischen Hilfen für schwangere Frauen in Notlagen, aber auch durch unsere Rechtsordnung besser geschützt wird, als das heute der Fall ist. Dies ist der Auftrag unseres Grundgesetzes, den wir alle zu erfüllen haben. ■

Ein Stück Frieden für jedermann sichtbar geworden

Mit einem feierlichen Appell und einem Volksfest ist in der pfälzischen Gemeinde Clausen der Abtransport der amerikanischen Giftgasgranaten gefeiert worden. Vor etwa 800 Angehörigen von Bundeswehr, US-Armee, Polizei, Bundesgrenz- und Katastrophenschutz sowie Bürgern der Gemeinde sagte Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg, mit der Verladung der letzten Container auf die beiden US-Spezialschiffe sei die Bundesrepublik frei von C-Waffen. Bundeskanzler Helmut Kohl, der in Clausen mit Ovationen begrüßt wurde, sprach von einem „guten Tag, an dem ein wichtiger Wunsch in Erfüllung gegangen ist“. Mit dem Abzug sei „ein Stück Frieden für jedermann sichtbar geworden“.

Hinweise auf programmatische Beschlüsse von CDU-Bundesfachausschüssen in der zu Ende gehenden Legislaturperiode

Neben den programmatischen Beschlüssen der beiden Bundesparteitage in Wiesbaden 1988 und Bremen 1989, die unter der gemeinsamen Überschrift „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ zusammengefaßt sind, gibt es auch zahlreiche Beschlüsse von Bundesfachausschüssen, die — besonders für Diskussionen mit bestimmten Zielgruppen — als zusätzliche Informationsmittel und Argumentationshilfen dienen können.

Soweit die aufgeführten Beschlüsse nicht im UiD abgedruckt worden sind, liegen sie als hektographierte Manuskripte vor und können als Einzelexemplare über die Geschäftsführung der jeweiligen Bundesfachausschüsse in der Hauptabteilung Politik der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden.

Bundesfachausschuß Innenpolitik

- Konzeption zu einer weiteren Verbesserung der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität (August 1988)
- Leitsätze zu Aufgaben und Arbeitsbedingungen der Polizei (UiD 5/1990)

Bundesfachausschuß Sportpolitik

- Sportprogramm der CDU (Mai 1990)

Bundesfachausschuß Kulturpolitik

- Leitsätze zur Kulturpolitik (UiD 15/1990)

- Leitsätze zur Weiterbildung (UiD 16/1990)
- Die europäische Dimension im Unterricht der Schule (März 1989)
- Schule und Berufsbildung
- Hochschule und Wissenschaft (beide beschlossen vom Gemeinsamen Ausschuß für Kulturpolitik der CDU Deutschlands am 13. August 1990 in Berlin)

Bundesfachausschuß Jugendpolitik

- Suchtfrei leben — Leitfaden zur Drogen- und Rauschmittelproblematik (UiD 24/1989)

Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

- Aufbruch in Europa — Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1992 (März 1989)

Bundesfachausschuß Verkehrspolitik

- Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr (UiD 25/1988)
- Behinderte im Verkehr (Januar 1990)

Bundesfachausschuß Umweltpolitik

- Mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz durch ökonomische Instrumente (UiD 12/1990)
- Schutz der Nord- und Ostsee (Februar 1990)
- Maßnahmen zur Verringerung des Straßenverkehrslärms (Januar 1990)

- Schutz und Erhaltung der Erdatmosphäre als globale Herausforderung (Juli 1989)
- Leitsätze der CDU zur Abfallwirtschaft (Juni 1989)
- Umweltschutz muß Chefsache werden (UiD 7/1989)

Bundesfachausschuß Frauenpolitik

- Frauenförderung in der Kommune (September 1990)

Bundesfachausschuß Sozialpolitik

- Menschen mit Behinderung — Teil unserer Gesellschaft. Integration statt Isolation (September 1989)
- Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik (Februar 1990)

Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

- Zukunftsaufgabe Krankenpflege — Thesen und Vorschläge zur kurz- und langfristigen Sicherung des Pflegebedarfs in Krankenhäusern und in der Altenpflege (August 1989)
- Stellungnahme zur Reform der Mediziner Ausbildung (August 1990)

Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

- Menschenrechte — Armutsbekämpfung — Umweltschutz
Zwölf Thesen der CDU zur Entwicklungszusammenarbeit der 90er Jahre (UiD 11/1990)
- Perspektiven der europäischen Entwicklungspolitik (März 1989)
- Beschluß zu entwicklungspolitischen Aspekten des Drogenproblems (Februar 1990)

Bundesfachausschuß Forschungs- und Technologiepolitik

- Unser Land auf dem Weg zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft in Europa.
Herausforderungen, Ziele, Aufgaben (Oktober 1988)
- Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für Forschung und Technologie (Januar 1990)

Bundesfachausschuß Medienpolitik

- Eckwerte für die Medienordnung in einem vereinigten Deutschland (UiD 20/1990)

Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen

- Recht sichert die Freiheit. Rechts- und justizpolitisches Programm der CDU 1990 (Juni 1990)

Infodienst Kommunal

Für Kommunalpolitiker in den neuen Bundesländern gibt die Bundesregierung jetzt einen speziellen Infodienst heraus. Dieser Dienst informiert schnell und unmittelbar über Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterstützung kommunaler Aufgaben. Besondere Schwerpunkte des Dienstes bilden die Themen „kommunale Finanzausstattung“, „regionale Wirtschaftsförderung“ und „soziale Sicherheit“. Der Dienst kann bestellt werden beim

**Bundesminister des Innern,
Graurheindorfer Straße 198,
W-5300 Bonn 1.**

Die Rechtsordnung muß mit Leben erfüllt werden

Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, Heinz Eyrich, MdL, erklärt im Hinblick auf die mit der Wiedervereinigung Deutschlands erfolgende Wiederherstellung der Rechtseinheit in Deutschland:

„Unsere freiheitliche demokratische Rechtsordnung, dort wo sie bislang nicht gelten durfte, mit Leben zu erfüllen — das halte ich für die derzeit wichtigste rechtspolitische Aufgabe.“

Ab dem 3. Oktober 1990 gilt in ganz Deutschland — von einigen übergangsbedingten Ausnahmen abgesehen — einheitlich eine Rechtsordnung, die ihre freiheitliche und demokratische Ausprägung unter der 40jährigen Geltungsdauer des Grundgesetzes erfahren hat.

Eine Rechtsordnung lebt aber nicht aus sich selbst heraus, sondern nur durch ihre engagierte, aber auch verantwortungsbewußte Verwirklichung. Nach 40 Jahren kommunistischer Willkürherrschaft möchte ich die Bürger, die nun erstmals in den Genuß dieser Rechtsordnung kommen, dafür gewinnen, Vertrauen in die Unverbrüchlichkeit des Rechts, in seine schützende und freiheitssichernde Funktion zu setzen.

Ich bin mir dabei bewußt, daß dieses Vertrauen nicht entstehen kann, ohne daß einige schwierige Problembereiche einer Lösung zugeführt werden. Zu nennen ist an erster Stelle

● die Aufarbeitung der Rolle der DDR-

Justiz bei der Sicherung des Herrschaftsanspruchs der SED;
weiter

● der rasche Aufbau eines wirksamen gerichtlichen Rechtsschutzes für den einzelnen Bürger
und schließlich

● eine umfassende Orientierung allen staatlichen Handelns an der vom Grundgesetz vorgegebenen Wertordnung.“

Abschließend betont der BACDJ-Vorsitzende: „Auch die Soziale Marktwirtschaft braucht das feste Fundament einer freiheitlichen Rechtsordnung, um sich entfalten zu können. Gerade im Hinblick auf die wirtschaftlichen Herausforderungen ist es daher besonders wichtig, die im Einigungsvertrag festgeschriebene Erstreckung des Rechts nicht nur auf dem Papier stehenzulassen.“

Senioren-Union Brandenburg gegründet

Im „Jakob-Kaiser-Haus“ der CDU am Platz der Akademie hat sich am 21. 9. 1990 die Senioren-Union des CDU-Landesverbandes Brandenburg konstituiert. Zum Landesvorsitzenden wurde der 64jährige Ulrich Braun (Eberswald-Finow), zu seinem ersten Stellvertreter und Landesgeschäftsführer mit Sitz in Cottbus Horst Alex (Cottbus) gewählt.

Die Delegiertenversammlung bestimmte auch die sieben Teilnehmer an der Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands, die für Dezember in Bonn anberaumt ist.

Volker Rühle:

Zur Diskussion über das angebliche Parteivermögen der Ost-CDU

Die Diskussion über das angebliche Parteivermögen der CDU (Ost) macht einige Anmerkungen zur tatsächlichen Finanzsituation der CDU (Ost) notwendig.

Das Vermögen aller Parteien in der DDR steht seit dem 1. Juni 1990 unter treuhänderischer Verwaltung der Sequesterverwaltung, einer vom Ministerpräsidenten der DDR eingesetzten unabhängigen Kommission zur Prüfung des Parteivermögens. Vermögensveränderungen bedürfen seitdem der Zustimmung des Vorsitzenden der Kommission.

Die Parteien der DDR waren verpflichtet, bis zum 30. Juni dieses Jahres ihr gesamtes Vermögen zur treuhänderischen Verwaltung beim Vorsitzenden der Kommission anzumelden. Dies hat die CDU (Ost) mit Schreiben vom 28. Juni 1990, also fristgerecht, getan.

Durch den von der Volkskammer der DDR auf Grund eines Antrages der Fraktion der Liberalen vom 18. Juli 1990 in das Parteiengesetz der DDR vom 21. Februar 1990 neu eingefügten § 13 a, der die Gesamtrechtsnachfolge bei einer Fusion von Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR festlegte, bestand die Gefahr, daß dadurch das Parteivermögen von DDR-Parteien auf die dann fusionierten gesamtdeutschen Parteien übergegangen wäre.

Um das unter allen Umständen zu verhindern, ist auf Initiative der CDU der Bundesrepublik Deutschland in den Einigungsvertrag eine Regelung über das Parteivermögen der Art aufgenommen wor-

den, daß dieses Vermögen ohne jegliche Einschränkung mit dem Tag der deutschen Wiedervereinigung in die Verfügungsgewalt der Treuhandanstalt übergeht. Verfügungen über das Parteivermögen kann die Treuhandanstalt nur im Einvernehmen mit der vom Ministerpräsidenten der DDR durch Gesetz vom 31. Mai 1990 eingesetzten und ab 3. Oktober 1990 unter Aufsicht der Bundesregierung stehenden Treuhandkommission treffen.

Das Ziel dieser Treuhandverwaltung ist die baldmögliche Rückführung des Vermögens an die früher Berechtigten oder deren Rechtsnachfolger. Soweit eine solche Rückführung nicht möglich ist, ist das Vermögen zugunsten gemeinnütziger Zwecke, insbesondere der wirtschaftlichen Umstrukturierung in der DDR, zu verwenden.

Soweit dieses Vermögen heute noch von den Parteien genutzt wird — z. B. als Parteigeschäftsstellen —, gehen wir davon aus, daß — unabhängig von der endgültigen vermögensrechtlichen Regelung — die Treuhandanstalt für die Nutzung dieses Vermögens marktgerechte Mieten festsetzen wird, die dann zukünftig von den Parteien zu bezahlen sein werden.

Im übrigen wird die CDU Deutschlands — wie im Einigungsvertrag vorgesehen — für die CDU der DDR per Vereinigungstichtag 1. Oktober 1990 eine Schlußbilanz und eine Eröffnungsbilanz vorlegen — mit Testat eines Wirtschaftsprüfers —, aus der sich die tatsächlichen finanziellen Verhältnisse ergeben.

Aus der Untersuchung eines westdeutschen Wirtschaftsprüfers ergibt sich folgende Vermögenslage der CDU (Ost): Die am Stichtag, dem 31. Dezember 1989, erstellte Gesamtbilanz schließt mit Aktiva und Passiva von 42,8 Millionen Mark (Ost). Davon entfallen allein 24,9 Millionen Mark (Ost) auf Gebäude und Anlagen, zwölf Millionen Mark (Ost) auf Büro- und Geschäftsausstattung, 5,2 Millionen Mark (Ost) auf Geldmittel.

Zu dem entscheidenden Punkt des Grundvermögens der CDU (Ost): Tatsache ist, daß die allermeisten Objekte von der CDU (Ost) in sogenannter Rechtsträgerschaft gehalten werden, d. h. daß sie nicht im Besitz der Partei sind. Das ist ein Rechtsinstitut, das wir in der Bundesrepublik Deutschland nicht kennen. Es handelt sich also nicht um Besitz der Partei, sondern um Volksbesitz in Rechtsträgerschaft.

Zum Firmenvermögen der CDU (Ost): Die Wirtschaftsbetriebe der CDU (Ost) sind in der Union-Verwaltungsgesellschaft mbH zusammengefaßt. Das Gesellschaftskapital der UVG mbH beträgt 15 Millionen DM. Es wird von zwei Gesellschaftern treuhänderisch für die CDU (Ost) gehalten. Es gehört damit zum Parteivermögen der CDU (Ost). Das Vermögen wurde auf der Grundlage der Bilanzwerte per 31. Dezember 1989 wie folgt gemeldet: Gebäude 20,9 Millionen Mark (Ost), Fahrzeuge 3,6 Millionen Mark (Ost), Barmittel 26,3 Millionen Mark (Ost).

Daraus folgt:

- Die Behauptungen von einem angeblichen Milliardenvermögen entbehren jeglicher Grundlage.
- Das Parteivermögen der CDU (Ost) ist nicht verfügbar. Es war weitgehend niemals Eigentum der Partei und steht unter Sequesterverwaltung.

- Die Wirtschaftsbetriebe befinden sich in erheblichen Umstellungsschwierigkeiten. Für Gewinnabführungen an die Partei, wie früher üblich — 1989 zum Beispiel 5,9 Millionen Mark (Ost) —, fehlen zur Zeit und für die Zukunft jegliche Voraussetzungen. Es besteht im Gegenteil ein erheblicher Bedarf an zusätzlichen Mitteln, um den Betrieben den Übergang zur Marktwirtschaft überhaupt zu ermöglichen.

- Für alle notwendigen strukturellen Veränderungen innerhalb der CDU in der DDR und im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ist ebenfalls zusätzlicher Finanzbedarf gegeben, der weder aus dem Parteivermögen noch aus Gewinnabführungen der Wirtschaftsbetriebe gedeckt werden kann.

Die wiedervereinigte CDU Deutschlands wird mit Nachdruck darauf drängen, daß die Abwicklung des Vermögens durch den Sequester zügig erfolgt und daß eventuell aus dieser Abwicklung anfallende Mittel bzw. Überschüsse, mit denen wir nach den jetzigen Erkenntnissen für den Bereich der CDU (Ost) nicht rechnen, ausschließlich für die gesetzlich vorgesehenen, aber unter keinen Umständen für irgendwelche Parteizwecke verwendet werden.

55 Milliarden DM für DDR-Telekom

Eine rasche Verbesserung des Post- und Fernmeldewesens in der DDR ist nach Ansicht von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Volkswirtschaft. In den Jahren 1991 bis 1997 werde der Investitionsbedarf für den Ausbau einer modernen Telekommunikations-Infrastruktur in der DDR etwa 55 Mrd. DM betragen, sagte Schwarz-Schilling bei der Eröffnung der Messe „Telematica“.

Ziele und Entwicklung der Aussiedlerproblematik

Bis 1986 kamen jährlich etwa 40.000 Personen aus den Aussiedlungsgebieten in die Bundesrepublik, 1987 rd. 86.000, 1988 über 200.000 und 1989 rd. 380.000 Personen. Auch im laufenden Jahr ist insgesamt mit einer erneuten Steigerung zu rechnen, wenngleich die Zugangszahlen in den Monaten Juni bis August eine abnehmende Tendenz zeigen.

Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfolgen gleichermaßen das Ziel:

1. Alle Deutschen, wo immer sie leben, sollen in ihrer Heimat Perspektiven für eine gesicherte Zukunft erhalten und dort unter menschenwürdigen Verhältnissen und ohne Diskriminierung bleiben können; wir fordern niemanden auf, seine Heimat zu verlassen.
2. Für alle unter dem Kriegsfolgeschicksal leidenden Deutschen, die als Aussiedler aus den Aussiedlungsgebieten zu uns kommen wollen, bleibt das Tor zur Bundesrepublik Deutschland offen. Das Verfahren zur Aufnahme dieser Aussiedler muß jedoch sowohl in ihrem eigenen als auch im Interesse der hier Lebenden geordnet sein.

Gezielte Hilfsprogramme für deutsche Volksgruppen

Um das vorgenannte Ziel zu erreichen, haben Bundesregierung und Fraktion mehrere Gesetzesinitiativen ergriffen. Insbesondere sind zu nennen:

Im **Haushalt 1990** stehen insgesamt rd. 50 Mio. DM für gezielte **Hilfsprogramme** der Bundesregierung zur Verfü-

gung, um die Lebensverhältnisse der Deutschen in Rumänien, im polnischen und sowjetischen Bereich zu verbessern und ihnen ein Leben als Volksgruppe unter Wahrung ihrer sprachlichen und kulturellen Identität zu ermöglichen. Schwerpunkt sind gemeinschaftsfördernde Maßnahmen.

Durch das Gesetz über die **Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Aussiedler** ist die Möglichkeit geschaffen worden, Aussiedlern nach ihrer Erstaufnahme bis zu zwei Jahren einen vorläufigen Wohnort zuzuweisen, wenn sie nicht über ausreichenden Wohnraum verfügen und daher bei ihrer Unterbringung auf öffentliche Hilfe angewiesen sind. Den Ländern wird dadurch eine bessere Verteilung der Aussiedler ermöglicht.

Seit dem 1. Januar 1990 wird durch das **Eingliederungsanpassungsgesetz** sichergestellt, daß Eingliederungshilfen ziel- und sachgerechter gewährt werden und Aussiedler bei vergleichbaren Leistungen mit der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt sind.

Um Verzerrungen im **Rentenrecht** zu beseitigen, sind am 1. 1. 1990 Änderungen des Fremdretenrechts in Kraft getreten. Weiterhin werden Aussiedler so behandelt, als ob sie vor ihrer Aufnahme in das Bundesgebiet hier eine Erwerbstätigkeit ausgeübt und dabei den Verdienst eines hier tätigen Versicherten erzielt hätten, aber: Besser- und Schlechterstellungen im Verhältnis zu Einheimischen Versicherten werden vermieden.

Durch das am 1. 7. 1990 in Kraft getretene Gesetz zur **Regelung des Aufnahme-**

verfahrens können Aussiedler künftig den Status als Vertriebene im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes sowie Eingliederungsleistungen nur erhalten, wenn sie vor der Ausreise in einem vom Herkunftsland aus zu betreibenden Verfahren vom Bundesverwaltungsamt einen Aufnahmebescheid erhalten haben. Dadurch wird im Interesse der Betroffenen und der einheimischen Bevölkerung ein geordnetes und effizientes Aufnahmeverfahren gewährleistet.

Die in den letzten Jahren für Bund, Länder und Gemeinden durch den unregelmäßigen Zustrom von Personen mit Touristenvisum aus dem polnischen Bereich entstandenen Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Eingliederung werden verringert. Der Personenkreis der aufnahmeberechtigten deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volkszugehörigen ist dadurch nicht eingeschränkt worden.

Um Mißbräuche zu verhindern, ist für die Angehörigen der sogenannten „Abteilung 3 der deutschen Volksliste“ vorgesehen, daß eine Prüfung des Kriegsfolgechicksals vorgenommen wird.

Gegenwärtige Entwicklung

Viele Deutsche in den Aussiedlungsgebieten schöpfen Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage. Sie spüren, daß sie nicht vergessen sind und auch weiter hierherkommen können und aufgenommen werden, wenn sie sich vorher in dem

vorgeschriebenen Verfahren den Aufnahmebescheid beschafft haben. Sie haben damit die Gewißheit, daß sie auch in einem Bundesland aufgenommen werden. Viele warten auf eine Verbesserung in ihrer Heimat und stellen deshalb Ausreisewünsche zunächst zurück. Dies hat zu einer erheblichen Beruhigung beigetragen. Die hektik und oft unzutraglichen Zustände vor und in den Aufnahmeeinrichtungen sind verschwunden.

Die Zahl der mit Touristenvisa Einreisenden und hier Aufnahme begehrenden Personen ist erheblich zurückgegangen. Soweit Personen aus dem polnischen Bereich ohne vorheriges Aufnahmeverfahren hierherkommen, werden sie im allgemeinen auf das schriftliche Aufnahmeverfahren von ihrem Heimatland aus verwiesen. Nur in besonderen Härtefällen wird eine Aufnahme ohne Erfüllung dieser Voraussetzung gewährt. Wegen des kurzfristigen Inkrafttretens des Aussiedleraufnahmegesetzes, bei dem nicht sichergestellt werden konnte, daß die neuen gesetzlichen Vorschriften überall hinreichend bekannt waren, wird bei Aussiedlern aus Rumänien und der UdSSR die im Aussiedleraufnahmegesetz vorgesehene Härteregel zunächst noch großzügig gehandhabt.

Die rückläufige Entwicklung der Aussiedlerzahlen seit Inkrafttreten des Aussiedleraufnahmegesetzes wird wie folgt deutlich:

1990	Polen	UdSSR	Rumänien	Gesamt
Juni	17 600	12 600	22 900	53 100
Juli	11 700	14 800	23 200	49 700
August	6 200	14 300	11 600	32 100

Ein weiterer Rückgang auf monatlich unter 30.000 wird für die Monate September bis Dezember erwartet. Erst in diesen

Monaten wird sich der Rückgang der Aussiedler auch in den Gemeinden deutlich bemerkbar machen.

SPD hinkt auch in der Agrarpolitik hinterher

Im letzten UId wurden die Umstellungs- und Anpassungshilfen, die die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR für die Landwirtschaft in der DDR in Gang gesetzt haben, dargestellt. Die Lage in der Landwirtschaft beginnt sich mittlerweile zu entspannen. Die umfangreichen Maßnahmen zeigen Wirkung, die Stabilisierung der Märkte macht Fortschritte:

- Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sind seit Anfang August gestiegen.
- Die Liquiditätsprobleme der LPGen verringern sich vor allem infolge der Marktstabilisierung und der Anpassungshilfen.
- Zunehmend fangen die übergroßen und umweltbelastenden industriemäßigen Agrarkombinate an, sich umzustrukturieren, zu dezentralisieren und sich am Markt zu orientieren.
- Die wiederhergestellte freie Verfügbarkeit landwirtschaftlichen Privateigentums erleichtert in Verbindung mit dem Investitionsförderungsprogramm den Trend zum Ausbau und zur Neugründung bäuerlicher Betriebe.

Am 14. September stellte Oskar Lafontaine sein Programm für die Landwirtschaft der DDR vor und erklärte: „Folgende Maßnahmen sind jetzt unumgänglich, wenn ein Totalzusammenbruch auf breiter Front verhindert werden soll...“ Dabei hat er nicht gerade Originelles oder Neues zu bieten. Vielmehr weist er nur auf scheinbare Defizite hin und fordert Maßnahmen, die schon längst auf dem Weg gebracht worden sind und auch schon Wirkung zeigen. Von einem „Total-

zusammenbruch“ kann daher keine Rede mehr sein.

Fazit: Herr Lafontaine läuft auch in der Landwirtschaftspolitik der Entwicklung in Deutschland hinterher.

Forderungen, die bereits erfüllt sind

Lafontaine: „Voraussetzung für das Überleben der Land- und Ernährungswirtschaft in der DDR ist es, möglichst schnell die hohen Produktionskosten zu senken.“

Tatsache ist: Schon seit Mitte August 1990 wird speziell für die DDR ein attraktives Investitionsförderungsprogramm zur Schaffung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft angeboten. Speziell für die LPGen stehen Mittel dabei zur Verfügung, die ihre ökonomische und ökologische Umstrukturierung erleichtern sollen. Gewährt werden Investitionshilfen zur Rationalisierung der Produktion und Anpassung an die Marktentwicklung, zum Schutz der Umwelt und Erhaltung der natürlichen Ressourcen und des Tierschutzes.

Lafontaine: „Sowohl für den notwendigen strukturellen Wandel als auch für die dringliche Modernisierung sind ganz erhebliche Investitionen mit dem entsprechenden Finanzierungsbedarf notwendig.“

Tatsache ist: Zur Umstellung der Landwirtschaft der DDR wurden schon Mitte des Jahres umfangreiche finanzielle Hilfen, auch für Investitionen, bereitgestellt:

- Insgesamt stehen der DDR-Landwirtschaft für das zweite Halbjahr 1990 rund 5,3 Milliarden DM, für 1991 sogar 9,1 Milliarden DM zur Verfügung.

- Als Ausgleich für den Wegfall der

staatlich garantierten Preise zum 1. Juli 1990 wurden Anpassungshilfen in einer Größenordnung von 2,2 Milliarden DM gegen Liquiditätsschwierigkeiten bis Ende des Jahres bereitgestellt. Für 1991 sind weitere Hilfen geplant.

Lafontaine: „Alle Organisations- und Eigentumsformen landwirtschaftlicher Betriebe — insbesondere genossenschaftliche Zusammenschlüsse und Einzelbetriebe (Eigentümer- oder Pachtbetriebe) — müssen gleichberechtigt behandelt oder gefördert werden.“

Tatsache ist: Mit dem „Landwirtschafts-anpassungsgesetz“ vom 29. 6. 1990 wurde die freie Verfügbarkeit von Privateigentum in der Land- und Forstwirtschaft wiederhergestellt. Es liegt nunmehr in der Hand der LPG-Mitglieder, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Zukunft gestalten wollen, ob und wie sie zukünftig Landwirtschaft betreiben wollen: als bäuerlicher Haupt- oder Nebenerwerbsbetrieb, im Rahmen einer Genossenschaft oder in anderer Rechtsform. Für Bauern, die sich als landwirtschaftliche Unternehmer selbständig machen wollen, steht ein umfassendes Programm an Förderungsmöglichkeiten zur Verfügung. Mit auf die LPGen zugeschnittenen Förderungsmaßnahmen wird diesen die ökonomische und ökologische Umstrukturierung erleichtert.

Lafontaine: „Notwendige Unterstützungsmaßnahmen müssen kalkulierbar für einen Übergangszeitraum (ca. 3—5 Jahre) gelten.“

Tatsache ist: Für betriebliche Anpassungen wurden im Juli für das Haushaltsjahr 1990 Hilfen in Höhe von rund 2,3 Milliarden DM beschlossen. Für 1991 sind weitere 2,4 Milliarden DM für Überbrückungs- und Anpassungshilfen vorgesehen.

Lafontaine: „Die Zinszahlungen für Alt-schulden müssen ausgesetzt werden.“

Tatsache ist: Auch hier hinkt Lafontaine mit seiner Forderung hinterher:

● Zinsverpflichtungen im 2. Halbjahr 1990 in Höhe von 150 Millionen DM werden aus dem Staatshaushalt übernommen.

● Tilgungen für vor dem 30. 6. 1990 aufgenommene Kredite von Genossenschaften werden bis zum 30. 9. 1990 ausgesetzt. Dann wird es Neuverhandlungen geben.

Lafontaine: „Darüber hinaus muß ein attraktives Vorruhestandsprogramm zügig realisiert werden.“

Tatsache ist: Bis zum Beitritt der DDR gilt die Vorruhestandsregelung, die die DDR für ihr Staatsgebiet verankert hat. Nach dem Beitritt wird es ein Altersübergangsgeld geben, das Arbeitnehmer und LPG-Mitglieder ab dem 57. Lebensjahr in Anspruch nehmen können.

Lafontaine: „Zu einer raschen Umsetzung aller Hilfsmöglichkeiten müssen die fünf auf dem ehemaligen Gebiet der DDR entstehenden Bundesländer nachhaltige verwaltungsmäßige Unterstützung aus dem Bundesgebiet erhalten.“

Tatsache ist: Seit Juli 1990 erscheinen spezielle agrarpolitische Mitteilungen für die DDR, herausgegeben von den Landwirtschaftsministerien der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, die über aktuelle agrarpolitische Themen und vor allem Maßnahmen informieren. Außerdem erhält die DDR schon jetzt eine große verwaltungsmäßige Unterstützung durch das Bundeslandwirtschaftsministerium sowie der bundesdeutschen Länderministerien, die bereits eine Reihe von qualifizierten Mitarbeitern zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Verwaltung der DDR abgestellt haben. Ihre Zahl wird nach der Vereinigung und der Neubildung der Länder noch steigen.

Lafontaine: „In den fünf Ländern der DDR müssen umgehend Landentwick-

Sicherheitspolitischer Kongreß in Oldenburg

Auf einem sicherheitspolitischen Kongreß des CDU-Landesverbandes Oldenburg sagte Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg vor über 500 Teilnehmern: „Wir brauchen eine klarstellende Ergänzung des Grundgesetzes, damit die Bundeswehr sich an militärischen Missionen der Vereinten Nationen auch außerhalb des NATO-Gebietes beteiligen kann.“

Das gehöre zu den Verpflichtungen eines vereinten Deutschlands zur Sicherung des Völkerrechtes und zur Abwehr von Aggressionen. Schon jetzt habe die Bundesregierung Probleme gegenüber den Verbündeten, die Verfassungslage „überzubringen“, erklärte Stoltenberg.

Die mit der Festschreibung der gesamtdeutschen Streitkräfte auf 370.000 verbundene Reduzierung soll, so der Minister, zunächst auf dem Weg der verringerten Einstellung angestrebt werden. Die Nachwuchsplanung sei noch die sozial verträglichste Form der Steuerung. Auf keinen Fall werde es zu „Zwangspensio-

lungsgesellschaften zur Umstrukturierung der Landwirtschaft und zur Förderung der ländlichen Räume gegründet werden.“

Tatsache ist: Auch dieser Vorschlag ist nicht neu. Schon Mitte August wurde nach Auskunft des Bundeslandwirtschaftsministeriums allen Bundesländern ein derartiger Vorschlag unterbreitet. Auch die Gründung der Landgesellschaften ist schon weit fortgeschritten, so daß diese bald flächendeckend in der DDR zur Beratung und Durchführung agrarstruktureller Maßnahmen von der Planung bis zur Ausführung zur Verfügung stehen werden.

nierungen“ kommen. Wahrscheinlich können nicht alle Standorte erhalten bleiben. Hier sei es das Ziel der Bundesregierung, in erster Linie die Truppen aus den Ballungsgebieten herauszunehmen, erklärte Stoltenberg.

In Übereinstimmung mit dem Minister bekannte sich der Vorsitzende des Fachausschusses Sicherheitspolitik, der Bundestagsabgeordnete Thomas Kossendey, zur Beibehaltung der Wehrpflicht. Eine Berufsarmee, so Kossendey, sei nicht finanzierbar und der falsche Weg, da gerade die Wehrpflicht in der Vergangenheit das Vertrauen der gesamten Bevölkerung in die Bundeswehr begründet habe. Der Beauftragte der CDU für die Bundeswehr, Paul Breuer, MdB, betonte, Soldaten dürfen weder gesellschaftlich noch sozial ausgegrenzt werden und setzte sich für die Fortschreibung des Regierungsprogrammes zur Sicherung und Verbesserung der Attraktivität des Dienstes der Soldaten ein. ■

Längerer Erziehungsurlaub

Ab 1. Juli 1990 hat sich der Bezug von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub für Kinder, die nach dem 30. 6. 1990 geboren sind, um weitere drei Monate bis zum 18. Lebensmonat des Kindes verlängert.

Ab 1. Juli 1990 erhalten Eltern für das zweite Kind statt bisher 100 DM monatlich 130 DM Kindergeld.

Eingliederungshilfen: Positive Bilanz

Als „ermutigende Zwischenbilanz“ hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm jüngste Ergebnisse des Eingliederungsprogramms der Bundesregierung für Langzeitarbeitslose bezeichnet. Dadurch konnten seit Juni 1989 fast 40.000 Langzeitarbeitslose zusätzlich in reguläre Arbeitsverhältnisse vermittelt werden.

Neue Bundesländer:

Mieter bleiben geschützt

SPD und SED/PDS versuchen, den Mietern in der bisherigen DDR Angst zu machen. Sie malen Horrorgemälde von explodierenden Mieten und massenhaften Wohnungskündigungen an die Wand, um Stimmung gegen die Bundesregierung zu entfachen.

Die CDU hat jedoch dafür gesorgt, daß die Mieter in den neuen Bundesländern geschützt bleiben:

● Auch nach dem Beitritt **bleiben die geltenden Mietpreise vorerst unverändert** bestehen. Daß eine moderne, gut ausgestattete Wohnung jedoch mehr kosten muß als ein verfallener Altbau ohne jeglichen Komfort, versteht sich von selbst. Schöne Wohnungen werden nur gebaut, wenn sich Investitionen lohnen. Und dazu ist es erforderlich, daß die jetzigen Mieten mittelfristig angepaßt werden. Dafür wird freilich auch der Wohnwert in neugebauten Häusern oder renovierten Altbauten viel größer sein als heute.

Die Bundesregierung hat durch den Einigungsvertrag das Recht, die Mieten **schrittweise entsprechend der Einkommensentwicklung anzuheben** sowie eine Umlegung der Betriebskosten auf die Mieter zuzulassen.

● Die Leistungsfähigkeit des Bürgers wird nicht überfordert. Wo es zu Härten kommt, hilft der Staat, zum Beispiel mit **Wohngeld**. Mit dem Wohngeld, das ab 1. 1. 1991 eingeführt wird, können Personen, die ein Einkommen unterhalb einer noch festzusetzenden Obergrenze beziehen, einen staatlichen Mietzuschuß in einer ebenfalls noch festzulegenden Höhe beantragen.

● Nach Maßnahmen zur Wohnungsinsandsetzung und Modernisierung kann der Vermieter nur 11 Prozent der entstandenen Kosten auf die Jahresmiete aufschlagen.

● Für Wohnungsneubau und Bereitstellung von Räumen, die bisher nicht zu Wohnzwecken genutzt wurden, gilt das bundesdeutsche Mietpreisrecht. Es schützt vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen.

● Für den Bereich des **Kündigungsschutzes** gelten ebenfalls die bundesdeutschen Mietrechtsbestimmungen, allerdings mit folgenden Ausnahmen:

— Die in Westdeutschland mögliche Kündigung einer Wohnung wegen besserer wirtschaftlicher Verwertung (der Vermieter fühlt sich durch die Fortsetzung des Mietverhältnisses an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung des Grundstückes gehindert) bleibt ausgeschlossen.

— Die Eigenbedarfskündigung (der Vermieter beansprucht die Wohnung für sich selbst oder seine Familienangehörigen) wird grundsätzlich erst ab 1993 möglich sein.

— Die gesetzlichen Kündigungsfristen für Mieter und Vermieter (bei bisheriger Dauer des Mietverhältnisses unter 5 Jahren 3 Monate, bei mehr als 5 Jahren 6 Monate, bei mehr als 8 Jahren 9 Monate und bei mehr als 10 Jahren 12 Monate) verlängern sich um jeweils 3 Monate für die Dauer bis 31. 12. 1993.

Die CDU läßt die Mieter nicht im Stich.

Landesliste zur Landtagswahl:

Kohl und Wallmann kritisieren SPD-Spitzen als „Miesmacher“

Seinen Höhepunkt fand der 76. Landesparteitag der CDU Hessen am Samstag, 22. 9. 1990, zweifellos mit der abschließenden Rede des CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl. Rund 4.500 Menschen unterbrachen den „Kanzler der Einheit“ bei der öffentlichen Kundgebung immer wieder mit lang anhaltendem Beifall.

„Treten Sie bitte den Miesmachern entgegen, die von morgens bis abends fragen, ob die deutsche Einheit nicht zu viel kosten werde“, appellierte Kohl und fügte hinzu: „Selbstverständlich freuen wir uns auf Deutschland.“ Um so unverständlicher sei die Diskussion darüber, ob wir uns auf den 3. Oktober, den Tag der deutschen Einheit, freuen dürften oder nicht. Die CDU, so Kohl, habe im übrigen immer Kurs gehalten: „Wir jedenfalls müssen jetzt keine unserer Reden umschreiben.“

Mit Blick auf die hessischen Landtagswahlen am 20. Januar kommenden Jahres sagte der CDU-Bundesvorsitzende seinen hessischen Freunden volle Unterstützung zu. Das Land habe unter Führung der CDU wieder Zukunft gewonnen und sei für das geeinte Deutschland und Europa gerüstet. Helmut Kohl: „Was in Hessen geschieht, ist von größter Bedeutung von Deutschland.“ In seiner Rede dankte der CDU-Bundesvorsitzende ausdrücklich dem hessischen CDU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Walter Wallmann, für dessen Loyalität. Dieser gehöre nicht zu den Politikern, die durch Interviews aufgefallen seien, um sich gegenüber

anderen in der Partei zu profilieren. „Auf Politiker wie Walter Wallmann kann man sich verlassen, auch den Föderalismus versteht er nie als Eigennutz!“ stellte Kohl fest.

Wallmann selbst hatte die SPD zuvor in einer kämpferischen Rede vor den mehr als 400 Delegierten als „Partei der Unzuverlässigkeit“ bezeichnet. Kein Mensch nehme es der SPD ab, wenn sie sich heute als Partei darstelle, die für die deutsche Einheit eintrete. Wallmann dazu: „Wendehälse sind nicht auf einen Teil Deutschlands beschränkt.“ Die SPD sei die Partei eines unsäglichen Opportunismus geworden. Ausdrücklich betonte der CDU-Politiker, die Hessen-Union werbe um enttäuschte Sozialdemokraten im Land.

Die hessische SPD stufte Walter Wallmann als „schlicht langweilig und einfalllos“ ein. Jeden Anspruch auf Gestaltung der Zukunft habe sie aufgegeben, wolle nur noch blockieren. Als Beispiele nannte er Autobahnen und Schulfreiheit, Volksabstimmung und deutsche Einheit, Medienvielfalt und neue Technologien. In diesem Zusammenhang richtete der CDU-Landesvorsitzende ausdrücklich den Blick auf Frankfurt. „Besonders in dieser Metropole sehen die hessischen Bürger jeden Tag, was Rot-Grün für unser Land bedeuten würde“, meinte Wallmann. Selbst wohlmeinende Beobachter seien überrascht, wie schnell es Rot-Grün gelungen sei, Frankfurt wieder in die negativen Schlagzeilen zu bringen. Demgegenüber stellte Wallmann die

Erfolge der CDU-geführten Landesregierung:

- „Wir haben die Finanzen geordnet und den Haushalt wieder auf eine solide Basis gestellt.“
- „Wir stehen an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung. Hessen hatte im August mit 5,5 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote in einem August seit 1982, alleine 1989 sind in unserem Land 53.000 neue Arbeitsplätze entstanden.“
- „Die Ausgaben im Sozialbereich haben wir seit 1986 verdoppelt, das überfällige Kindergartengesetz beschlossen.“
- „In der Schulpolitik haben wir mit dem Schulfreiheitsgesetz dem Elternrecht wieder seinen Rang gegeben.“
- „Im Medienbereich haben wir die rot-grüne Blockadepolitik beendet und für mehr Freiheit gesorgt.“

Zur CDU, so Wallmann, gebe es weder im Bund noch im Land eine Alternative.

Die 409 Delegierten beschlossen in Kriftel gleichzeitig die Landesliste zur Landtagswahl. Die Liste wird angeführt von Ministerpräsident Walter Wallmann, der Landwirtschaftsministerin Irmgard Reichhardt, Fraktionschef Hartmut Nassauer, dem Sozialpolitiker Georg Badeck und der Frauen-Staatssekretärin Otti Geschka. Auf Platz 6 folgt Innenminister Gottfried Milde, auf Platz 7 Finanzminister Manfred Kanther. Auf Platz 8 — und damit unmittelbar vor Landtagspräsident Klaus Peter Möller und CDU-Generalsekretär Franz Josef Jung — plazierte der Parteitag die Witwe des ermordeten Deutsche-Bank-Chefs Alfred Herrhausen, Traudl Herrhausen. Die Diplomkauffrau und Ärztin hatte Walter Wallmann zuvor für eine Kandidatur auf der CDU-Landesliste gewonnen. Bisher hat sie sich vor allem in der Multiple-Sklerose-Gesellschaft und im Kuratorium der Nationalen Aids-Stiftung engagiert. ■

Neu im Angebot:

Kanzler für Deutschland



**Freiheit
Wohlstand
Sicherheit**



Plakate

Plakat DIN A1

Helmut Kohl, Kanzler für Deutschland

Bestell-Nr.: 7329

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:
20,— DM.

Plakat DIN A0

Bestell-Nr.: 7330

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:
40,— DM.

Faltblatt

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Bestell-Nr.: 2334

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit:
25,— DM.

Neues Handbuch

Das vierte in der Reihe unserer Handbücher zur modernen Parteiarbeit in den 90er Jahren ist jetzt erschienen. Es heißt: „Familienfreundliche Arbeitswelt“.

Bestell-Nr.: 4315

Bereits erschienen und im UiD vorgestellt sind die Handbücher: „Mitgliederwerbung leicht gemacht“ (Bestell-Nr.: 6264) und „Mit uns für eine bessere Umwelt“ (Bestell-Nr.: 4266) sowie „Bürgernahe Formen der Parteiarbeit“ (Bestell-Nr.: 4075).

Alle Handbücher sind nur in der Mindestbestellmenge von 10 Exemplaren erhältlich. Preis pro Verpackungseinheit: 15,- DM.

Bestellungen an
IS-Versandzentrum
 Postfach 1328, 4804 Versmold



CDU-Fahne (2 x 3 m)

Dieses Werbemittel eignet sich besonders gut für Parteiveranstaltungen.

Bestell-Nr.: 0414

Stückpreis: 62,- DM.

MODERNE PARTEIARBEIT IN DEN 90ER JAHREN

FÜR EINE FAMILIEN- UND KINDERFREUNDLICHE ARBEITSWELT

- ✗ Aktion 1: Familienfreundliche Arbeitszeit
- ✗ Aktion 2: Berufsrückkehr
- ✗ Aktion 3: Kinderbetreuungseinrichtungen
- ✗ Ideen zu allen Aktionen
- ✗ Programm der Frauen-Union
- ✗ Checkliste

CDU
 aktiv

MODERNE PARTEIARBEIT IN DEN 90ER JAHREN

MIT UNS FÜR EINE BESSERE UMWELT

- BILANZ IM UMWELTSCHUTZ:**
 Erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl
- WAS JEDER VON UNS TUN KANN:**
 Umwelttips zum Mitmachen
- CDU IM DIENST DER UMWELT:**
 Aktionen von A bis Z

CDU
 aktiv

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Glückwunsch Deutschland!

Ja zu Deutschland! Ja zur Zukunft!



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

30/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.